Medienkonferenz

«Fair ist anders!» – Das Gewerbe verdient Ihre Unterstützung!

Medienkonferenz
Freitag, 24. August 2018, 10:00 Uhr
Vatter Business Center, Bärenplatz 2, 3011 Bern

Medienmitteilung (Sperrfrist: Freitag 24.08.2018, 10:00 Uhr)

Zwischenbilanz und Start der Online-Kampagne

Fair ist anders – Das Gewerbe verdient Ihre Unterstützung!

Anlässlich der Medienkonferenz in Bern hat das Komitee «Fair ist anders», unter dem Lead des Berner Gewerbeverbands Berner KMU, eine positive Zwischenbilanz seiner im Mai 2017 lancierten Informationskampagne gezogen. Mit der heute gestarteten Online-Petition «Fair ist anders – Das Gewerbe verdient Ihre Unterstützung» fordern wir Staat, Kantone, Städte und Gemeinden dazu auf, dem Gewerbe ein verlässlicher Partner und nicht dessen Konkurrent zu sein.

Berner KMU-Präsident Toni Lenz zeigte gleich zu Beginn der Medienkonferenz auf, wo der Schuh für die KMU-Wirtschaft drückt: «Immer mehr staatsnahe Betriebe bieten Leistungen an und bauen ihre Dienstleistungen sogar immer noch weiter aus, die unsere KMU mindestens so gut oder sogar besser ebenfalls erbringen können. Wir haben unsere Kampagne Ende Mai 2017 auf Wunsch unserer Mitglieder gestartet und sind sehr stolz darauf, dass wir Berner mit unserer Kampagne den Stein ins Rollen gebracht haben».

Zwischenbilanz der Kampagne
«Die Kampagne ist und bleibt keine Anti-BKW-Kampagne und sie ist auch keine Jammer-Kampagne. Wir sind aber klar der Meinung, dass wir Gewerbler selbstbewusst hin stehen und die Probleme aktiv diskutieren müssen, denn nach wie vor sind sage und schreibe 99,7% der Schweizer Unternehmen KMU und somit das Rückgrat unserer Wirtschaft und unseres Wohlstands.» betonte Unternehmer und BDP-Grossrat Francesco Rappa. Dass die Kampagne mittlerweile sehr breit abgestützt sei, zeige auch das ständig wachsende Komitee, das aktuell 570 Personen - darunter 29 Nationalräte und 42 Grossräte aus der SVP, FDP, BDP, glp, EDU und EVP, sowie 68 Unternehmen – umfasse.

«Fair ist anders!» neu auch im Kanton Solothurn
Zusammen mit dem Baumeisterverband des Kantons Solothurn fordert nun auch der kantonal solothurnische Gewerbeverband mehr Fairness für das Gewerbe. Dessen Geschäftsführer Andreas Gasche zeigte die Problematik eindrücklich an mehreren Beispielen auf: «Wir haben bei uns mit der VEBO eine Institution zur beruflichen und sozialen Eingliederung von Menschen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Neben diesem «Kerngeschäft», wogegen wir absolut nichts einzuwenden haben, baut sie aber ihren Dienstleistungskatalog immer weiter aus. Ein weiteres Beispiel ist die Solothurner Spitäler AG (soH), welche zu 100% dem Kanton gehört, ein Cateringunternehmen betreibt und eine öffentliche Apotheke plant. Wir plädieren dafür, dass diese Aktivitäten auf ein Minimum reduziert werden und fordern, dass die soH-Gruppe und die VEBO für Tätigkeiten, die weder hoheitliche Aufgaben umfassen noch gesetzlich vorgeschrieben sind und damit die KMU konkurrenzieren, der Steuerpflicht unterworfen werden».

Das finden wir problematisch
Thomas Balmer, Mitglied des Leitenden Ausschuss von Berner KMU und Präsident des Gewerbeverband KMU Stadt Bern, konzentrierte sich in seinem Referat v.a. auf die zahlreichen städtischen Beispiele, wie das ewb, das Weingut und Stadtgrün Bern. «Das Problem heute ist, dass die Verwaltung wächst und wächst, eigene Firmen gründet um schnellere Entscheide herbeiführen zu können und nicht jede betriebsnotwendige Arbeit im Parlament bewilligen zu lassen. Fakt ist nun, dass die Verwaltung und die Firmen der öffentlichen Hand im Laufe der Zeit vergessen haben, dass sie keine Unternehmungen

sind, sondern im Auftrag des Volkes handeln sollen. Mit Erstaunen stellen wir heute fest, dass sich veritable Grossbetriebe entwickelt haben, wie z.B. Stadtgrün Bern, die mit 220 Mitarbeitenden die Park- und Grünanlagen unterhält und in einer hochmodernen Produktionsanlage Pflanzen züchtet».

Kantonale Politik ist gefordert
Aber auch die kantonale Politik sei nun gefordert, betonte Unternehmer und SVP-Grossrat Kurt Zimmermann. «Kantonal möchten wir uns mit unserer Kampagne auf die drei Beispiele konzentrieren, bei denen für uns der dringendste Handlungsbedarf besteht: Dies sind die BEDAG Informatik AG, die BKW Energie AG und die Gebäudeversicherung des Kantons Bern, die GVB». Bei der BEDAG gebe es zwei Lösungsansätze. «Entweder wird sie mit anderen Informatikanbietern auf dem Markt gleichgestellt oder sie wird verkauft. Bei der BKW fordern wir, dass die Eigentümerstrategie korrigiert wird. Die Monopolgeschäfte müssten in separate, von der übrigen Gesellschaft unabhängige Rechtskörperschaften ausgegliedert oder diese Leistungsaufträge periodisch neu ausgeschrieben werden. Bei der GVB ist für uns eine Reduktion auf den reinen Auftrag der Gebäudeversicherung und das Abstossen, bzw. die Privatisierung, der heute aufgebauten neuen Geschäftsfelder oder sogar der Verkauf der ganzen GVB denkbar».

Nationale Politik ist gefordert
«Der Postautoskandal hat es gezeigt. Auch auf Bundesebene gibt es in der Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik grosse Probleme mit den staatsnahen Betrieben. Und es besteht dringender Handlungsbedarf» stellte Unternehmer und glp-Nationalrat Jürg Grossen klar. Er trete aber keineswegs dogmatisch für eine Privatisierungswelle ein. Es gebe Bereiche, in denen dem Staat eine Schlüsselrolle zukomme, wie z.B. beim Schienen- oder beim Stromnetz. Anders sehe aber es bei den Diensten aus, die in einem funktionierenden Wettbewerb erbracht würden. «In einem Vorstoss fordern wir Grünliberalen deshalb z.B. die Privatisierung der PostFinance. Es ist nicht die Aufgabe des Bundes, im funktionierenden Markt der Finanzdienstleistungen eine eigene Unternehmung zu besitzen. Die gleichen Fragen müssen wir uns auch bei der Swisscom oder auch bei Postauto stellen. Die Schweiz ist in zahlreichen Bereichen auf halbem Wege zu einer guten Lösung stecken geblieben und sie ist träge geworden. Resultat: zahlreiche Konkurrenzierungen des Staates gegenüber der Privatwirtschaft: Fair ist anders!»

Präsentation der Online-Petition
Last but not Least stellte Unternehmer und FDP-Grossrat Peter Flück die neu lancierte Online-Petition «Fair ist anders – Das Gewerbe verdient Ihre Unterstützung» vor. «Wir fordern, dass staatliche und staatsnahe Unternehmen ihre Beteiligungsverhältnisse klären und keine Tätigkeiten mehr wahrnehmen, die durch private Anbieter erbracht werden können. Bestehende staatliche Träger solcher Leistungen sind zu privatisieren. Reine Staatsbetriebe sollen sich auf ihre hoheitlichen Aufgaben konzentrieren. Verwaltungen, Staatsbetriebe und staatsnahe Unternehmen dürfen die Privatwirtschaft nicht konkurrenzieren, deshalb soll der Staat möglichst alle Aufträge, die sich dazu eignen, an die Privatwirtschaft vergeben. Um dies zu erreichen fordern wir von der Politik aus Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene, dass sie entsprechende Rahmenbedingungen und klare Verhältnisse schafft. Der Staat ist und soll ein Partner des Gewerbes sein und nicht dessen Konkurrent»!

Alle Informationen zur Kampagne (alphabetische Beispielsammlung, Zwischenbilanz, Referate und Downloads) finden sie unter: www.fair-ist-anders.ch

Für zusätzliche Auskünfte:

Toni Lenz, Präsident Berner KMU, 079 651 35 42
Francesco Rappa, Grossrat BDP BE, 079 550 10 56
Andreas Gasche, Geschäftsführer kgv Solothurn, 079 629 02 44
Thomas Balmer, Präsident KMU Stadt Bern, 079 222 74 55
Kurt Zimmermann, Grossrat SVP BE, 079 641 22 49
Jürg Grossen, Nationalrat glp BE, 079 444 94 65
Peter Flück, Grossrat FDP BE, 079 208 28 12
Nina Zosso, Kampagnenleiterin «Fair ist anders», 079 218 86 28

24. August 2018

Fair ist anders – das Gewerbe verdient Ihre Unterstützung!

Staatliche und staatsnahe Unternehmen – das hat der Postautoskandal deutlich aufgezeigt – werden immer mehr zu unfairen Konkurrenten der KMU und gefährden damit das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir finden «Fair ist anders!»; denn wo Staat draufsteht, stecken auch immer unsere Steuern und leider vielfach auch unfairer Wettbewerb drin. Dies betrifft die Eidgenossenschaft z.B. mit der Ruag und der Swisscom, die Kantone mit den Elektrizitätswerken, die planen, installieren und gleichzeitig Strom liefern und die Gemeinden, die u. A. mit Unterhaltsgärtnereien, Strassenbau und Weinbergen das Gewerbe konkurrenzieren.

Wir wollen Fairness und fordern:

Staatliche und staatsnahe Unternehmen (wie z.B. Post, SBB, Swisscom, BKW Energie AG, Gebäudeversicherung des Kantons Bern usw.) müssen dringend ihre Beteiligungsverhältnisse klären: Zweck und Abgrenzung zwischen hoheitlichen Aufgaben, die nicht ausgelagert werden können, und denjenigen, welche die Privatwirtschaft erfüllen können, müssen klar definiert werden. Es sollen zwei Grundsätze gelten:

Grundsatz: «Der Staat und staatsnahe Unternehmen nehmen keine Tätigkeiten wahr, die durch private Anbieter erbracht werden können. Bestehende staatliche Träger solcher Leistungen sind zu privatisieren».

Reine Staatsbetriebe wie zum Beispiel die ewb mit ihren Tochtergesellschaften, das Bundesamt für Landestopographie, etc. sollen sich auf ihre hoheitlichen Aufgaben konzentrieren. Verwaltungen, Staatsbetriebe und staatsnahe Unternehmen dürfen die Privatwirtschaft nicht konkurrenzieren.

Grundsatz «Der Staat soll möglichst alle Aufträge, die sich dazu eignen, an die Privatwirtschaft vergeben».

Um dies zu erreichen fordern wir von der Politik aus Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene, dass sie entsprechende Rahmenbedingungen und klare Verhältnisse schafft.

Der Staat ist und soll ein Partner des Gewerbes sein und nicht dessen Konkurrent!

Name und Vorname	E-Mail	Ort	Unterschrift

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

c/o Gewerbeverband Berner KMU • Technikumstrasse 14 • Postfach 1314 • 3401 Burgdorf
Telefon 034 420 65 65 • Fax 034 423 07 32 • info@bernerkmu.ch • www.bernerkmu.ch

Factsheet: Zwischenstand der Kampagne «Fair ist anders!» (Stand 24.08.2018)

Komitee: Auf der Homepage haben sich 570 Unterstützer eingetragen

29 Nationalrätinnen und Nationalräte:

BE (10) : Andreas Aebi (SVP), Adrian Amstutz (SVP), Lorenz Hess (BDP), Werner Salzmann (SVP), Nadja Pieren (SVP), Erich von Siebenthal (SVP), Christian Wasserfallen (FDP), Jürg Grossen (glp), Christa Markwalder (FDP), Heinz Siegenthaler (BDP)
FR (1): Jean-François Rime (SVP)
ZH (5): Natalie Rickli (SVP), Beat Walti (FDP), Thomas Matter (SVP), Bruno Walliser (SVP), Rosmarie Quadranti (BDP)
BL (2): Sandra Sollberger (SVP), Daniela Schneeberger (FDP)
LU (3): Peter Schilliger (FDP), Albert Vitali (FDP), Franz Grüter (SVP)
SG (2): Walter Müller (FDP), Marcel Dobler (FDP)
AG (3): Thierry Burkart (FDP), Matthias Jauslin (FDP), Sylvia Flückiger (SVP)
SO (2): Christian Imark (SVP), Walter Wobmann (SVP)
NE (1): Philippe Bauer (FDP)

42 Grossrätinnen und Grossräte:

glp (9): Michael Köpfli, Daniel Trüssel, Franziska Schöni-Affolter, Hannes Zaugg-Graf, Christoph Grimm, Thomas Brönnimann, Martin Egger, Barbara Stucki, Julien Stocker
FDP (13): Peter Sommer, Stefan Costa, Peter Flück, Hans-Peter Kohler, Hans Rudolf Vogt, Carlos Reinhard, Hans Schär, Marianne Teuscher, Sandra Hess, Daniel Arn, Peter Dütschler, Corinne Schmidhauser, Pierre-Yves Grivel
SVP (11): Madeleine Amstutz, Daniel Bichsel, Annegret Hebeisen, Moritz Müller, Hans Jörg Rüegsegger, Andrea Pieren, Anne Speiser, Thomas Knutti, Barbara Josi, Kurt Zimmermann, Andreas Michel
BDP (5): Jan Gnägi, Anita Luginbühl, Monika Gygax, Francesco Rappa, Ulrich Stähli
EDU (2): Jakob Schwarz, Katharina Baumann
EVP (2): Markus Wenger, Hans Kipfer

68 Unternehmen:

abbühl haustechnikplanung gmbh, Wimmis. Allenbach AG, Müntschemier. Allenbach Holzbau und Solartechnik AG, Frutigen. Autohaus Hard AG, Langenthal. Aventouris GmbH, Zollikofen. Bantiger Elektro AG, Stettlen. Baur AG, Säriswil. Bernhard Polybau AG, Langenthal. Bigler & Cie. AG Holzbau, Bern. Binggeli Bau AG, Schwarzenburg. blechdesign gmbh, Lyss. Böhlen AG, Bern. BUNORM AG, Aarwangen. Die Mobiliar, Generalagentur Belp. Elektro Hunziker AG, Thun. Elektro Liechti AG, Langnau i. E. Elektro W. Siegrist, Langenthal. emmental versicherung, Konolfingen. Fairpower AG, Bachenbülach. FREI AG Haustechnik, Kirchberg. Fritz Imobersteg AG, Frutigen. Fritz Leuenberger AG, Herzogenbuchsee. Garage Stucki AG, Roggwil. GastroBern, Bern. Gebr. Weber AG, Ostermundigen. Gloor Gebäudetechnik AG, Worb. Hans Dürig AG, Riggisberg. Iten Elektro AG, Münchenbuchsee. Jäggi Vollmer GmbH, Basel. Jampen Söhne AG, Seftigen. Jost Spenglerei AG, Bern. K.W. Weyermann AG, Bern. Kaminfeger Thomann GmbH, Uetendorf. Kantonal-Bernischer Baumeisterverband, Karl Anderegg AG, Grindelwald. Kästli Bau AG, Ostermundigen. Keller Informatik AG, Gümligen. Kleinbusbetrieb Eicher GmbH, Lyss. köchli haustechnik ag, Bern. Leu Haustech AG, Moosseedorf, Lörtscher AG, Bauunternehmung, Oberwil. MIP Meier Infra Plan, Aeschlen. MS Bedachungen Fassadenbau GmbH, Niederbipp. P. Baumann AG, Niederscherli. P. Vögeli AG, Limpach. Papeterie Hell GmbH, Zollikofen. Peter Künzi AG, Spenglerei / Sanitär, Ittigen. Ramseier Holding AG, Bern. RIOTEX AG, Zollikofen. Röthlisberger Zimmerei AG, Bowil. Rudolph Schweizer AG, Bern. rundum mobil GmbH, Thun. Ryser AG, Schreinerei Küchenbau, Boll-Vechigen. Schweizerische Mobiliar Versicherungsgesellschaft AG, Bern. Schwitter Bau AG, Trubschachen. Spiess energie + haustechnik AG, Adelboden. Stettler Haustechnik AG, Büetigen. Stoffel Klima AG, Bern. Stucki Walter AG, Ostermundigen. suissetec Kanton Bern - GTV. swiss Optik-Brawand GmbH, Zollikofen. swissFineLine AG, Langnau i. E. Verband Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten VSSM. vonRoll hydro (suisse) ag, Oensingen. Weinhaus Zollikofen, Zollikofen. Wenger Fenster AG, Wimmis. Wombat GmbH, Kita & Tagi Wombat, Bremgarten bei Bern. WPC WärmepumpenCenter AG, Rubigen.

Beispielsammlung «Der Staat als Konkurrent: Fair ist anders!» (Stand: 24.08.2018)

«Konkurrenz belebt das Geschäft», diese ökonomische Weisheit soll nicht angezweifelt werden. Wird der Staat zum Konkurrenten, bleiben die Regeln der Fairness jedoch oft aussen vor. Dies ganz einfach deshalb, weil überall, wo Staat draufsteht, auch Steuern drin sind. Und diese verzerren den Wettbewerb aus diversen Gründen.

Untenstehend finden sich alphabetisch Beispiele aus verschiedenen Branchen und Regionen.

Admeira

Das ist Sache: Swisscom (Anteil Bund 51 Prozent) und SRG (100 Prozent öffentlich-rechtlich) haben mit Ringier zusammen eine gemeinsame Werbeplattform mit dem Namen Admeira geschaffen. Zwar hat die SRG Ende Juni 2018 ihre Anteile an Swisscom und Ringier verkauft, mit der Swisscom ist aber immer noch ein mehrheitlich staatlich finanziertes Unternehmen beteiligt.

Das finden wir problematisch: Unternehmen des Staates schliessen sich mit einem privaten Unternehmen zu einer Werbefirma zusammen und entziehen so andern Werbeunternehmen wichtige Aufträge.

Ausbau diverser Werkhöfe

Das ist Sache: In diversen Gemeinden des Kantons Solothurn werden die Werkhöfe ständig erweitert und mit neuen Aufgaben versehen, die weit über den eigentlichen Kernauftrag hinausgehen.

Das finden wir problematisch: Viele dieser Aufgaben -Strassenunterhalt mit eigenen Maschinen, Gärtnerarbeiten, etc. - könnten zu konkurrenzfähigen Preisen auch bei privaten gewerblichen Institutionen bezogen werden. Hier wäre ein «Back to the Roots» dringend nötig.

BEDAG

Das ist Sache: Die IT – Firma gehört zu 100 Prozent dem Kanton Bern. Sie wurde gegründet, um die IT – Bedürfnisse der kantonalen Verwaltung abzudecken. Mittlerweile hat die BEDAG ihren Wirkungskreis weit über den Kanton Bern und die Verwaltung erweitert. Sie verkauft Dienstleistungen und Produkte in der ganzen Schweiz. Im Jahre 2016 wurden fast 100 Mio. CHF Umsatz generiert und ein Gewinn von 10 Mio CHF ausgewiesen.

Das finden wir problematisch: Die BEDAG hat im Kanton Bern praktisch eine Monopolstellung für grössere IT-Dienstleistungen. Sie diktiert somit Markt und Preise und kann dank ihrer guten Ertragslage neue Firmen zu hohen Preisen zukaufen. Private Anbieter haben so kaum Chancen, der öffentlichen Hand IT – Lösungen anzubieten. Zudem hat der Kanton Bern 2017 und 2018 freihändig Aufträge an die BEDAG im Wert von je 44 Mio. CHF vergeben.
Die selbe Problematik bildet die Praxis einzelner Bundesämter, selbst entwickelte Apps auf dem privaten Markt anzubieten.

BernMobil

Das ist Sache: BernMobil betreibt den öffentlichen Verkehr in der Stadt Bern und zunehmend auch in den Agglomerationsgemeinden. Damit werden bisherige private Anbieter verdrängt, die nicht über die gleichen Zuschüsse der öffentlichen Hand verfügen und keine Möglichkeiten haben den Betrieb intern zu finanzieren.

Das finden wir problematisch: Der städtische Betrieb BernMobil fährt immer weiter in die Region hinaus und transportiert dabei nicht nur Fahrgäste, sondern auch ihre städtischen Anstellungsbedingungen und Fahrzeugausrüstungen, die sich die lokalen privaten Anbieter der Region nicht leisten können, wie z.B. ein früheres Pensionsalter, Sonderentschädigungen und höhere Grundlöhne. 2017 betrugen die gesamten Betriebskosten 166 Mio. CHF; aus dem Verkauf der Billette konnte aber lediglich einen Erlös von 109,9 Mio. CHF erarbeitet werden. Die fehlenden Einnahmen zum erzielten Betriebsertrag von 174.3 Mio. CHF wurden u. A. mit 48,5 Mio. CHF aus Abgeltungen der öffentlichen Hand erzielt um dann einen Betriebsgewinn von 6.3 Mio. CHF auszuweisen. Damit werden in Wahrheit nur 65% der Kosten aus dem Fahrbetrieb erarbeitet und der Rest besteht aus Subventionen. Die Betriebskosten, die aus der Monopolstellung von BernMobil entstehen, werden ohne Offerte marktfern an den Monopolbetrieb beauftragt werden. Das Risiko einer Querfinanzierung ist damit sehr gross und wie das Beispiel der Postauto AG zeigt, ist es nur bedingt möglich solche Missbräuche aufzudecken und öffentliche Ausschreibungen bleiben häufig eine Farce und es ist kein fairer Wettbewerb in Sicht.

BKW

Das ist Sache: Die BKW gehört zu 52 Prozent dem Kanton Bern. Sie verfügt über eine breite Struktur, die sowohl als Monopol die Stromversorgung des Kantons Bern, als auch durch Beteiligungen an Kraftwerken die Produktion und den Handel von Strom umfasst. Der Stromtarif der BKW gehört zu den höchsten in der Schweiz und hat dem Unternehmen jahrelang gute Erträge beschert. Der Privatkunde und kleinere gewerbliche Kunden sind gezwungen, den Strom bei der BKW zu kaufen.
Die BKW entwickelt sich, als Alternative zum nicht mehr rentierenden Stromgeschäft, seit einigen Jahren zum breit aufgestellten Dienstleister in Haus- und Energietechnik. Die BKW erwarb dank ihren Monopoleinnahmen mit der Stromversorgung seit 2014 insgesamt 61 Firmen für die laut Jahresabschluss 46 Mio. CHF bezahlt worden sind.

Das finden wir problematisch: Private gewerbliche Betriebe bezahlen ihrem Monopollieferanten BKW Strompreise, die nicht dem Wettbewerb ausgesetzt und damit in der Regel höher sind. Somit finanzieren sie indirekt ihren neuen Konkurrenten BKW, der dutzendweise Firmen aus der gewerblichen Mitte aufkauft: Damit wird eine normale Nachwuchsregelung mit viel Kapital verunmöglicht und die Monopolstellung wird zunehmend auch auf die Planungs- und Installationsbranche ausgedehnt. Es gibt bereits Fälle, bei denen die BKW sowohl die Planung als auch die Bauleistungen offeriert haben. Somit hat der neu konzipierte Konzern BKW alles Interesse, Planungs- und Ausführungsaufträge „im Haus zu behalten“ und nicht auszuschreiben. Der Zutritt der privaten Konkurrenz wird damit erschwert bis verunmöglicht. Die Standesregeln der unabhängigen Planung werden durch die „alles unter einem Dach“ – Politik verletzt. Konkretes Beispiel für diese Doppelrolle der BKW ist das Wasserkraftwerk Färdabach im Lötschental. Hier reichte gemäss Zeitung „Der Bund“ vom 20. Mai 2017 die BKW nicht nur eine Offerte für den Bau des Kraftwerks ein, sondern prüfte als Planungsfirma im Auftrag der Bauherrschaft auch gleich sämtliche Konkurrenzofferten.
Von dieser Entwicklung ist nicht nur der Kanton Bern betroffen, mittlerweile wird die BKW zunehmend auch im Kanton Zürich aktiv und deshalb leidet auch dort das Gewerbe zunehmend unter diesem unfairen Wettbewerb.

Bundesamt für Landestopographie (Swisstopo)

Das ist Sache: Das Bundessamt für Landestopagraphie hat seine ursprüngliche Geschichte in der Erstellung von Landeskarten, insbesondere für militärische Zwecke. Vor Jahren wurde die eidgenössische Vermessungsdirektion in das Bundesamt integriert und hat nun die hoheitliche Aufgabe, die Aufsicht über die amtliche Vermessung auszuüben. Mit der Einführung von New Public Management wurde das Bundesamt für Landestopgraphie als Versuchsamt zu einem sogenannten FLAG-Amt. Dadurch bekam es ein Pauschalbudget und entwickelte zu einer eigentlichen Firma. Es tritt nicht mehr als Bundesamt aus, sondern mit einer «Firmenbezeichnung» und mit einem Logo unter dem Namen Swisstopo. Durch das Monopol der Landeskartenherstellung entwickelte sich das Amt mittels

Quersubventionierungen und mit dem Vorwand der Geheimhaltung zu einem eigentlichen Datensammlungs- und Produktionszentrum und konkurrenziert damit die Privatwirtschaft so massiv; dass zum Beispiel der Kartenhersteller Kümmerly+Frey schliessen musste. Unter dem Label Swisstopo macht das Bundesamt für Landestopographie nun sogar Fernsehwerbung und sponsort OL-Läuferinnen und -Läufer.

Das finden wir problematisch: Das ein Bundesamt mit ursprünglich rein hoheitlichen oder militärischen Aufgaben sich unter dem Deckmantel eines FLAG-Amtes und einem speziellen Firmenlogo zu einem Amt entwickelt, das nicht mehr viel mit staatlichen Aufgaben zu tun hat und zwei Drittel seines Ertrages bundesextern generiert, ist stossend und ein Etikettenschwindel. Dass dabei die Privatwirtschaft durch die Quersubventionierung und die Vorteile, infolge der Datenherrschaft zum Teil ganz ausgeschaltet oder stark konkurrenziert wird, ist sehr störend. Zudem werden, falls grössere Aufträge überhaupt an Dritte ausgelagert werden, diese in sehr vielen Fällen ins Ausland vergeben.

Büro- und Materialzentrale

Das ist Sache: Der Kanton und die Stadt Bern betreiben einen Versand für Büromaterialien mit Zustelldienst und Lager. Damit leistet sich der Staat einen unnötigen Parallelbetrieb zu den privaten Anbietern.

Das finden wir problematisch: Statt Rahmenverträge mit privaten Unternehmungen abzuschliessen und die Bestellungen direkt durch diese erledigen zu lassen, baut die öffentliche Hand eine parallele Schattenwirtschaft auf. Statt mit knapp kalkulierten Offerten zu einem günstigen Rahmenvertrag zu kommen, zahlt der Staat die betriebsnotwendigen Liegenschaften und die Gehälter für Infrastruktur und Fahrzeuge nach dem effektiven Aufwand. Damit werden öffentliche Gelder leichtfertig ausgegeben und der Verwaltungsapparat wird unnötig vergrössert.

Citysoftnet

Das ist Sache: Das Stadtberner Stimmvolk stimmt am 23. September 2018 über einen Kredit von 14,9 Millionen Franken für die Entwicklung einer neuen Fallführungs-Software in der Sozialhilfe ab. Dazu kommen vier Millionen für Betriebsfolgekosten. Es geht um jenes Informatikprogramm, das die Stadt Bern gemeinsam mit der Stadt Zürich und dem Kanton Basel-Stadt erarbeiten will. In der Berner Stadtverwaltung Bern ist seit Ende der Neunzigerjahre das Fallführungssystem KiSS (Klienten-Informationssystem für Sozialarbeit) im Einsatz. Rund 400 Personen sind laut Angaben der Berner Stadtregierung auf das System in ihrer täglichen Arbeit angewiesen. Sie dokumentieren damit beispielsweise sämtliche Fallnotizen, erledigen die Korrespondenz, berechnen Bedarf und Ansprüche in der wirtschaftlichen Sozialhilfe und tätigen Ein- und Auszahlungen. KiSS ist nun laut Berner Stadtregierung veraltet und fehleranfällig. Deshalb beschlossen Zürich, Bern und Basel Anfang des vergangenen Jahres, gemeinsam eine neue Software für diese Aufgaben zu entwickeln. Wir die Zeitung «der Bund» am 16.August 2018 berichtet, hat der Gemeinderat offenbar eine dreimal billigere Offerte verschwiegen. Die Stadtberner FDP fordert deshalb den Übungsabbruch und einen Neustart des Projekts.

Das finden wir problematisch: Das bewährte und praxisnahe KiSS-Produkt ist weder veraltet noch fehleranfällig. Die Stadt hat das Programm einfach nicht updaten lassen und arbeitet bewusst mit einer älteren Version der Software. Das Upgrade wäre für einen Drittel der Kosten der Neuentwicklung zu haben gewesen. Citysoftnet ist somit völlig überteuert. Das aktuelle KiSS-Produkt hat gerade eben den Zuschlag vom Kanton Wallis erhalten und ist somit bestens bewährt. Am stossendsten ist jedoch der Umstand, dass der Staat (d.h. die drei Städte zusammen) als Mitentwickler, Besitzer, Vermarkter, etc. von einer IT-Software auftritt. Das Städte-Konglomerat konkurrenziert so direkt die bisherigen und bewährten Systeme und Unternehmen. Dies führt nicht nur dazu, dass die Kosten immens höher sind, sondern es generiert auch Risiken durch Marktverzerrungen und Fehlanreize.

Die Post

Das ist Sache: Die Post gestaltet ihre Schalterräume mehr und mehr zu kleinen Warenhäusern. Die Kunden sollen in ihrer Wartezeit, mit dem Kauf von Gütern aller Art, zusätzlichen Umsatz und Gewinn generieren.

Das finden wir problematisch: Dadurch, dass die Schweizerische Post in ihren Schalterhallen Handel mit verschiedensten Waren (vom Kaugummi bis zu Duschschläuchen) betreibt, gehen dem Detailhandel jährlich rund 500 Millionen Franken verloren. Diese zusätzliche Verkaufs-Tätigkeit übersteigt nach unserer Ansicht den Service – Public Auftrag der Post. Ob es Aufgabe der Post ist, eigene Transportunternehmungen, Occasionshandel, Treibstoffhandel- sowie Informatikangebote für das Gesundheitswesen anzubieten, kann zumindest hinterfragt werden. Dies gilt auch für die von der Post angebotenen Publikationslösungen im Bereich der Fachmedien. Auch hier erbringt die Post Leistungen, die auf dem Markt von verschiedenen KMU bereits zu besten Bedingungen erhältlich sind. Diese Entwicklung ist volkswirtschaftlich ebenfalls sehr bedenklich.

ewb - Energie Wasser Bern

Das ist Sache: Auch das Energieunternehmen der Stadt Bern ewb wollte vom reinen Stromlieferanten zum umfassenden Dienstleister in Energie- und Haustechnik werden. Nun ist man jedoch nach grossen Abschreibungen auf dem Weg zurück. Neben einer wesentlich abgespeckten Installationsfirma hat ewb nur noch eine Firma für Dach und Fassaden.

Das finden wir problematisch: ewb ist als 100 prozentige Tochter der Stadt Bern ein Monopolbetrieb, dessen Strompreise nicht dem Wettbewerb ausgesetzt sind.
Die Firmen für Installation und Haustechnik unter dem ewb-Dach stellen für das private Gewerbe eine von der öffentlichen Hand subventionierte Konkurrenz dar.

Fachhochschulen

Das ist Sache: Verschiedene Fachhochschulen bieten Planungs- und Architekturleistungen an, welche nicht als Studienobjekt deklariert sind, sondern als professionelle Dienstleistung.

Das finden wir problematisch: Die von Studenten ausgeführten Arbeiten erreichen wegen des fehlenden Wissens und der fehlenden Erfahrung nicht das Niveau eines privaten Beratungs- oder Ingenieurbüros.
Die reduzierten, aber nahe bei den Marktpreisen liegenden Ansätze konkurrenzieren die privaten Planungsbüros. Die Resultate der „Studien“ werden zudem den Medien angeboten und erwirtschaften so vermeintlich zusätzliche Wertschöpfung. Die Resultate sind allerdings oft wenig realistisch und lösen entsprechenden Unwillen aus. Die Fachhochschulen verfügen über eine staatlich subventionierte Infrastruktur, die Studenten arbeiten ohne Gehalt. Studien, ausgeführt durch Studierende, sowie professionelle Dienstleistungen, welche durch erfahrene und voll ausgebildete Fachkräfte erbracht werden, sollten besser unterschieden werden.

Gebäudeversicherung des Kantons Bern (GVB)

Das ist Sache: Die Gebäudeversicherung des Kantons Bern ist ein Monopolbetrieb, der zu 100 Prozent dem Kanton Bern gehört. Jedes Haus im Kanton Bern ist obligatorisch bei der GVB versichert. Auf Antrag der GVB hat der Grosse Rat den Eintritt ins privatrechtliche Versicherungsgeschäft per 2011 gutgeheissen. Dazu wurde eine separate Aktiengesellschaft gegründet. Sie bietet neu Gebäudehaftpflicht- und Gebäudewasserversicherungen an, welche zuvor nur von privaten Versicherungen angeboten wurden.

Das finden wir problematisch: Nach Auflage der Wettbewerbskommission ist sowohl das Ausnützen des Monopols wie auch die Quersubventionierung der verschiedenen Branchen nicht gestattet. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Regeln nicht eingehalten werden. Hausbesitzern, welche zwangsweise Kunden der Gebäudeversicherung sind, werden durch die staatlichen Berater systematisch und aktiv Angebote der privatrechtlichen GVB-Tochter unterbreitet. Die Werbung und das Inkasso für den obligatorischen und den privaten Teil erfolgen im selben Versand. Last but not least präsentieren sich auch der Internetauftritt, das Produkteangebot, der Online-Shop und die Schadensmeldung unter ein- und derselben Marke «GVB – Wir versichern ihr Gebäude».

Groupe E

Das ist Sache: Eine ähnliche Problematik wie bei der BKW Energie AG stellt die Tätigkeit des Westschweizer Stromanbieters (FR/NE) Groupe E dar.

Das finden wir problematisch: Diese staatliche Unternehmung, sie gehört zu 78 Prozent dem Kanton Freiburg, bietet ihren Strom-Kunden eine breite Palette von Produkten (z.B. Elektrogeräte aller Art) und Dienstleistungen (Beratungen, Montagearbeiten) an und konkurrenziert so das private Gewerbe.

Hochschulen

Das ist Sache: Es gibt verschiedene Hochschulen, die Beratungsmandate wie Umfragen und Analysen anbieten, die indirekt mit den Gehältern und Raumkosten indirekt subventioniert sind. Nach einem Bundesverwaltungsgerichtsentscheid müssen staatliche Anbieter alle Dienstleistungsaufträge kostendeckend kalkulieren.

Das finden wir problematisch: Das Beispiel das zu diesem Aufsehen erregenden Urteil führte war eine WTO- Ausschreibung des BAKOM für die SRG- Onlinedienstleistungen zu untersuchen. Der Auftrag ging denkbar knapp an die Universität Zürich. Das unterlegene, privatrechtliche Unternehmen machte Rekurs, da die Offerte tatsächlich anfallende Projektkosten nicht aufgeführt hatten. Der Entscheid beinhaltet die Auflage, dass die Hochschulen und staatliche Unternehmungen eine kostendeckende Kalkulation des Angebotes machen müssen. Da solche staatlichen Betriebe über keine Vollkostenrechnung verfügen ist ein Nachweis der Kostendeckung nicht möglich und dies bedeutet faktisch ein Ausschluss aus solchen Verfahren. Dies ist auch richtig so, denn die privaten Unternehmungen bezahlen die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden selbst und der Kunde profitiert vom Erfahrungsschatz von Spezialisten.

Panaiia & Crausaz AG

Das ist Sache: Das 1990 gegründete Bauunternehmen wird 2013 durch die Städtischen Werke Grenchen übernommen. Das SWG ist ein öffentlich-rechtliches Unternehmen, Eigentümerin ist die Stadt Grenchen.

Das finden wir problematisch: In der Umgebung von Grenchen gibt es genug private Bauunternehmen, welche die Aufgaben der Panaiia & Crausaz AG zu marktgerechten Preisen ausführen könnten, anstatt von dieser konkurrenziert zu werden.

Postauto AG

Das ist Sache: Auch die Postauto AG erweitert durch Zukäufe von Privatfirmen zunehmend ihr Tätigkeitsfeld und vermischt Privataufträge mit ihrem öffentlichen Auftrag. Spätestens seit dem im Februar 2018 aufgedeckten Postautoskandal zeigt sich, dass auch hier dringender Handlungsbedarf besteht. Die vermuteten Querfinanzierungen sind hier Tatsache: Die Steuerzahler haben über Jahre hinweg gegen 100 Mio CHF. Subventionen an die Tochtergesellschaft des Monopolbetriebes «Die Post» bezahlt. Es wurden keine Gewinne erarbeitet, sondern ganz einfach zu viele Subventionen eingefordert und was noch schlimmer ist – erhalten.

Das finden wir problematisch: Mit diesem Geld hat nun die Tochtergesellschaft der Postauto AG unter anderem die Publibike gegründet. Auch hier enthüllte die Untersuchung rund um den Postautoskandal Anfang Juli 2018 einen Verlust von fast 4 Mio CHF. Trotzdem wurde in Hunderte von Velos investiert und der Stadt Bern die günstigste Offerte für einen öffentlichen Veloverleih unterbreitet. Dazu musste kein Geld auf dem Kapitalmarkt beschafft werden, weil über die Abgeltungen des Monopolbetriebes genug Kapital beschafft werden konnte. Last but not least hat die Stadt Bern für alle ihre Angestellten bei der Publibike ein Leihvelo gekauft und sorgt somit wiederum für einen Teil deren Umsatzes- einmal mehr natürlich mit den Steuergeldern der Berner Stadtbevölkerung.

Ruag

Das ist Sache: Die Ruag ist eine 100 Prozentige Tochter der Eidgenossenschaft und sie bekommt vom Bund Aufträge für die Armee. Dazu kaufte sie zusätzlich Firmen im Ausland ein und vertreibt Waffen und Produkte über diese Beteiligungen in der ganzen Welt.

Das finden wir problematisch: Diese Zukäufe werden durch die Erträge aus den Rüstungsaufträgen des Bundes finanziert und durch die Aufträge der Tochtergesellschaften ergibt sich eine unkontrollier-

bare Situation für den Eigentümer. Diese Konstellation erlaubt es Angebote im Bereich Waffen, Luftfahrt und Raumfahrt anzubieten und zu finanzieren. Die Bedingungen werden damit für private Gesellschaften sehr schwierig, da diese jeden Auftrag in einer öffentlichen Ausschreibung erkämpfen müssen und das Risiko der Entwicklung und der Offertenerstellung selbst tragen müssen. Dazu kommt, dass die Betriebe in der Schweiz direkt der Kontrolle der Eidgenossenschaft unterstellt sind. Damit sind Angebote für Unterhaltsarbeiten an zivilen Flugzeugen zum Beispiel nur dann erfolgreich, wenn die RUAG diese als unrentabel erachtet.

SBB

Das ist Sache: Die SBB entwickeln eine immer aktivere Geschäftstätigkeit ausserhalb ihres Transportauftrages: Beispielsweise Immobilienhandel- und Bewirtschaftung. Bekleidungsproduktion und -Vertrieb. Weitgehend unbemerkt sind die Bundesbahnen zur zweitgrössten Immobilienfirma der Schweiz angewachsen: Rund 3500 Gebäude verwalten die SBB mittlerweile, nur etwa 800 davon sind Bahnhöfe. Die erzielten Mieteinnahmen lagen 2017 bei 480 Mio CHF.
Zudem wollen die Bundesbahnen am Monopol der Fernbahnen festhalten und bekämpfen alle Bemühungen, einen Teil dieser rentablen Linien zu privatisieren. Denn nur so können sie an den zu hohen Tarifkilometer festhalten und dies zu Lasten der Steuerzahler, die auch bei diesem Verkehrsbetrieb mehr als die Hälfte der Kosten mit ihren Steuergeldern decken. Die bernische BLS wurde aktuell nur mit wenigen Linien vom Bundesamt bedacht- und selbst gegen diesen Entscheid geht die SBB nun vor Gericht vor. Und damit ist auch dieser öffentliche Betrieb des Bundes eine Sache, die den Kanton Bern angeht.

Das finden wir problematisch: Die SBB weiten den Service Public als Immobilienhändler unzulässig aus. So hat sie für ihre Anlagen einst günstig Land erhalten und dieses wird nun zu Luxusbauprojekten entwickelt. Mit diesem Verhalten schaden die SBB der privaten Immobilien- und Bauwirtschaft- und letztendlich dem Steuerzahler, der diese hohen Mieten bezahlen muss.
Die Monopolstellung bei den Fernbahnen erlaubt der SBB durch unverständliche Tarifkilometer, die weit mehr sind als die geographische Distanz, den Ertrag auf den gut frequentierten Kursen anzuheben. Trotzdem wurden im Jahre 2017 Bundesbeiträge von 2670 Mio CHF. an die SBB bezahlt. Der «Gewinn» der SBB von rund 400 Mio CHF. entspricht immerhin 14% des Bundesbeitrages und ist damit eigentlich kein Betriebsergebnis, sondern ist auf zu hohe Bundesbeiträge zurückzuführen.
Störend ist ebenfalls, dass die SBB das Reisemagazin „VIA“ nicht mehr in der Schweiz, sondern in Deutschland drucken. Die SBB produzieren ihre Arbeitskleider selbst im Fernen Osten und verkaufen diese dann zu Herstellungskosten an die Privatbahnen weiter. Damit konkurrenzieren sie die privaten Uniformen-Anbieter der Schweiz.

soH – Solothurner Spitäler AG

Das ist Sache: Die Solothurner Spitäler AG gehört zu 100% dem Kanton Solothurn. Die Solothurner Spitäler betreiben seit einigen Jahren ein Catering-Unternehmen. Das Unternehmen ist ab 20 Personen aktiv. Die Begründung der soH-Gruppe ist, dass sie das Catering bräuchten um die flauen Zeiten in der Küche abzudecken.

Das finden wir problematisch: Mit einer Optimierung der Personalplanung müsste das Gewerbe nicht konkurrenziert werden. Ebenfalls problematisch ist auch die folgende Idee, welche erst in Planung ist: Die soH wollen auf dem Spitalareal eine öffentliche Apotheke einrichten. Dies obwohl diese Leistungen ohne Probleme bereits durch die nahegelegenen Apotheken oder durch die angestammten Apotheken und Arztpraxen erbracht werden.

Stadt Genf

Das ist Sache: Die Stadt Genf und damit die Genfer Steuerzahler sind Inhaber des Hotels Metropol in Genf.

Das finden wir problematisch: In der Vergabe der Pacht weigert sich die Stadt Genf, das öffentliche Beschaffungsrecht und das Binnenmarktgesetz anzuwenden und schliesst so die KMU aus. Eines der KMU hat nun vor Bundesgericht Klage eingereicht.

Stadtgrün Bern

Das ist Sache: Die Stadt Bern betreibt mit Stadtgrün Bern eine Unterhaltsgärtnerei und eine Pflanzenzucht für den eigenen Bedarf mit über 200 Mitarbeitenden. Darüber hinaus bietet sie Gartenbauarbeiten für Siedlungen und private Anlagen an. Mit dem Angebot der Möblierung der Parkanlagen und dem neuesten Projekt der Möblierung des Aussenraumes wurde der Auftragsumfang noch einmal erweitert.

Das finden wir problematisch: Die Berner Stadtgärtnerei gehört zur Stadt Bern, welche den Betrieb, und damit auch allfällige Defizite, mit Steuergeldern deckt. Anders als ein privates Gartenbauunternehmen, muss die Stadtgärtnerei ihren Betrieb somit nicht zu 100 Prozent aus dem Erlös für Produkte und Dienstleistungen decken. Dies ist ein Wettbewerbsvorteil, der durch Steuergelder finanziert wird. Durch diese Monopolsituation beim Unterhalt der Grünanlagen beansprucht die öffentliche Hand das Segment, in dem ein Gartenbaubetrieb einen stetigen Umsatz erzielen kann. Neuanlagen werden heute ausgeschrieben und an den wirtschaftlich besten Anbieter erteilt, aber der Unterhalt danach geht dem privaten Anbieter verloren. Der Steuerzahler bezahlt die Kosten von Stadtgrün nach deren Aufwand- frei von jedem wirtschaftlichen Vergleich. Die selbst benötigten Pflanzen werden in einer hochmodernen Anlage gezüchtet, die von der Stadt Bern bezahlt wurde. Mit der Konsequenz, dass die privaten Anbieter hier nicht mithalten können und es deshalb auch fast keine mehr gibt.

STS AG

Das ist Sache: Die STS AG gehört zu 100% der Kanton Bern und betreibt mit easyCab seit 2016 auch private Personentransporte. Zudem konkurrenziert sie auf dem Gebiet der Notfallschulungen private Anbieter, wie z.B. die Prominis Vita.

Das finden wir problematisch: STS AG versucht sich als Staatsbetrieb nach easyCab nun auch noch im Bereich der Notfallschulungen breit zu positionieren. Dank den vermuteten Quersubventionierungen, welche die öffentliche Hand bezahlt, sind die Spiesse nicht gleich lang und die Prominis Vita hat auf diese Weise erst kürzlich einen Auftrag über 70'000 CHF. verloren. Last but not least hat die STS AG bei der Suche nach Instruktoren – als ein vom Kanton Bern subventionierter Betrieb – gegen die Prominis Vita – also ein privates, im Kanton Bern steuerzahlendes Unternehmen – ein Konkurrenzverbot ausgesprochen.

Swisscom

Das ist Sache: Die Swisscom erbringt in einer breiten Palette auch IT Dienstleistungen für den privaten Markt. Dies geschieht teilweise durch Übernahme von entsprechenden Firmen.

Das finden wir problematisch: Die Swisscom gehört nach wie vor zu 51 Prozent dem Bund. Deshalb sollte sich das Telekom-Unternehmen auf seine Kernkompetenzen im Sinne des Service Public beschränken, und nicht die private Wirtschaft konkurrenzieren. Bestes Beispiel dafür: Die mehrheitlich staatlich finanzierte Swisscom ist mit der Cinetrade – zu welcher auch die Kitag, die in Zürich, Bern, Biel, Basel, St. Gallen und Luzern 85 Kinosäle mit 17’000 Plätzen betreibt – die grösste Kinobetreiberin des Landes.

VEBO

Das ist Sache: Die VEBO ist eine Institution zur beruflichen und sozialen Eingliederung von Menschen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Sie betreibt im Kanton Solothurn eine Vielzahl an Arbeits-, Wohn- und Beratungseinrichtungen und hat 2017 einen Gesamtertrag von 72 Mio CHF erwirtschaftet. Davon machen die Produkte zur Förderung der Eingliederung aus beruflichen Massnahmen, Werkstätten, Wohnheimen und Tagesstätten 42 Mio CHF aus. Dieser Teil der Aktivitäten ist zu einem ganz grossen Teil aus Geldern der IV und anderer sozialer Institutionen finanziert. Rund 29 Mio CHF stammen aber aus gewerblichen Produkten und die Liste der Dienstleistungen in diesem Bereich ist fast endlos: Sie umfasst Beschriftungen, ein Floristik- und Gartencenter, eine Kunststoffspritzerei, ein Logistik- und Transportangebot, eine Schreinerei, ein Servicecenter für Haushaltsgeräte, eine Bäckerei, Restaurants, etc. Ein Teil dieser Arbeiten wird mit Personen verrichtet, die gewisse Einschränkungen haben und dagegen ist nichts einzuwenden. Der Plan der VEBO ist es aber, den Umsatzanteil

mit gewerblichen Produkten auf 50% des Gesamtertrags also auf 36 Mio CHF zu erhöhen. Damit will sie die öffentliche Hand entlasten und die Abhängigkeit von Tarifrisiken minimieren.

Das finden wir problematisch: Mit den zusätzlichen Dienstleistungen, die ständig ausgebaut werden, steht die VEBO zunehmend dem Gewerbe und der Industrie auf die Füsse. Diese Aktivitäten sind deshalb sofort auf ein Minimum zu reduzieren und die Inklusion gemeinsam mit Gewerbe und Industrie voranzutreiben. Kantonale und kommunale Anstalten sowie öffentlich-rechtliche Institutionen wie die soH-Gruppe und die VEBO für Tätigkeiten, die weder hoheitliche Aufgaben umfassen noch gesetzlich vorgeschrieben sind und damit die KMU konkurrenzieren, sollten der Steuerpflicht unterworfen werden.

Weingut Stadt Bern

Das ist Sache: Die Stadt Bern betreibt zwischen La Neuveville und Schafis, sowie auf der St. Petersinsel am Bielersee, Weingüter und verkauft die Produkte über verschiedene Kanäle, wie zum Beispiel Restaurants und Detailhandel.

Das finden wir problematisch: Das mit Steuergeldern subventionierte Weingut – pro Jahr fliessen Betriebsbeiträge aus dem ordentlichen Budget der Stadt Bern in der Höhe von durchschnittlich 500’000.- CHF – konkurrenziert das Angebot die privaten Weinbauern, die weder über die grossen Flächen, noch über modernste mechanisierte Betriebe verfügen. Zudem müssen sie den Vertrieb ihrer Weine auch selber organisieren und bezahlen, während die Stadt Bern den Vertrieb ihres Weines bequem und kostengünstig über ihre Büro- und Materialzentrale abwickelt; dies wiederum zum Nachsehen des Detail- und des Weinhandels. Es bestehen Pläne und Ideen um ein neues Rebgut zu bauen, das moderner und effizienter betrieben werden könnte. Dieses Projekt kostet die Stadt Bern als Eigentümerin wieder Millionen und ist erneut unfair, denn alle anderen Weinbauern am Bielersee müssen wohl oder übel Erneuerungen aus dem Ertrag ihrer Produkte finanzieren und werden künftig gegenüber dem Staatsbetrieb noch mehr Mühe haben.

Medienkonferenz 24.08.2018; Sperrfrist 10:00 Uhr

Bilanz der Kampagne: Referat Francesco Rappa, Grossrat BDP BE

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Medienschaffende

Ja für einmal waren wir Berner schneller und haben – wir haben es von Toni Lenz vorhin bereits gehört - auf Wunsch unserer Mitglieder die Informations- und Sensibilisierungs-Kampagne «Fair ist anders» Ende Mai 2017 gestartet. Die Problematik sorgt bei unserer Basis nämlich schon länger für Bauchweh: So war das Problem zum Beispiel an einer Sitzung des Leitenden Ausschusses von Berner KMU im November 1994 bereits ein Thema: Schon damals gab die Konkurrenzierung des Gewerbes durch die BKW im Bereich der elektrischen Hausinstallationen und Heizungsinstallationen zu reden: Neu beteiligte sich die BKW zu diesem Zeitpunkt auch an Submissionsverfahren. Schon damals befürchteten unsere Mitglieder, dass Mischrechnungen entstehen, weil die Monopolbereiche und die diversifizierten Bereiche nicht klar getrennt sind und dass Quersubventionen in jene Bereiche fliessen, in welchen freier Markt herrscht.

Unsere Kampagne ist und bleibt aber – trotz des vorher erwähnten Beispiels – keine Anti-BKW-Kampagne und sie ist auch keine Jammer-Kampagne. Im Gegenteil: Wir sind aber klar der Meinung, dass wir Gewerbler selbstbewusst hin stehen und die Probleme aktiv diskutieren müssen, denn nach wie vor sind sage und schreibe 99,7% der Schweizer Unternehmen KMU und somit das Rückgrat unserer Wirtschaft und unseres Wohlstands.

Das Komitee auf unserer Homepage www.fair-ist-anders.ch zählt mittlerweile 570 Personen: Darunter auch 29 Nationalrätinnen und Nationalräte. Ich verzichte hier darauf alle aufzuzählen, Sie finden die Namen auf dem Factsheet in der Medienmappe. Zudem sind auch 42 Grossrätinnen und Grossräte aus der SVP, FDP, BDP, glp, EDU und EVP dabei; auch hier finden Sie die Namen auf dem Factsheet. Ebenfalls unterstützt wird unsere Kampagne von 68 Unternehmen, auch hier finden Sie die Namen auf dem Factsheet zum aktuellen Zwischenstand unserer Kampagne.

Wir sind sehr stolz darauf, dass wir mit unserer Kampagne den Stein ins Rollen und massgeblich dazu beigetragen haben, dass die Problematik, dass staatsnahe Unternehmen das Gewerbe zunehmend konkurrenzieren, in den letzten Monaten immer breiter diskutiert wird. Das BKW-Beteiligungsgesetz ist zwar diesen Frühling noch haarscharf – und gegen unseren Willen – durchgekommen. Doch hat es sich auch dort gezeigt, dass sich der Wind gedreht und ein Stimmungsumschwung im Gang ist, wir bleiben auf alle Fälle dran!

Zweifelsohne hat uns der Postautoskandal in die Hände gespielt; das ungebrochene Medieninteresse und die zahlreichen neuen Beispiele – diese wird euch später Thomas Balmer vorstellen – zeigen aber klar und deutlich, dass die Problematik nicht mehr nur im Kanton Bern ein Thema ist und das Bewusstsein über diesen unfairen Wettbewerb grösser geworden ist und zunehmend als störend empfunden wird. Dies beweisen auch die Gespräche in den anderen Kantonen, welche wir bereits geführt haben: Im Kanton Zürich wird die Shoppingtour der BKW ebenfalls zunehmend kritisch beobachtet und mit dem Kanton Solothurn haben wir ja einen neuen Player mit an Bord, was Ihnen Geschäftsführer Andreas Gasche nun am besten gleich selber erläutern wird.

Medienkonferenz 24.08.2018; Sperrfrist 10:00 Uhr

„Fair ist anders!“ neu auch in Solothurn: Referat Andreas Gasche, Geschäftsführer kgv Solothurn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Medienschaffende

Auch im Kanton Solothurn gilt: Immer wieder werden Unternehmen, welche ganz oder teilweise im Besitz der öffentlichen Hand sind, mit neuen Dienstleistungen zu direkten Konkurrenten von privatrechtlichen Unternehmen und Gewerbebetrieben. Der Baumeisterverband des Kantons Solothurn, kurz BVS, hat diese Tatsache an seiner Generalversammlung lautstark moniert. Gemeinsam mit dem Kantonal-Solothurnischen Gewerbeverband hat der BVS deshalb entschieden, auch im Kanton Solothurn die Kampagne „Fair ist anders“ zu lancieren. Nun, wo drückt bei uns im Kanton Solothurn der Schuh:

VEBO
Das ist Sache und problematisch: Die VEBO ist eine Institution zur beruflichen und sozialen Eingliederung von Menschen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Sie betreibt eine Vielzahl an Arbeits-, Wohn- und Beratungseinrichtungen und hat 2017 einen Gesamtertrag von 72 Mio CHF erwirtschaftet. Davon machen die Produkte zur Förderung der Eingliederung aus beruflichen Massnahmen, Werkstätten, Wohnheimen und Tagesstätten 42 Mio CHF aus. Dieser Teil der Aktivitäten ist zu einem ganz grossen Teil aus Geldern der IV und anderer sozialer Institutionen finanziert. Rund 29 Mio CHF stammen aber aus gewerblichen Produkten und die Liste der Dienstleistungen in diesem Bereich ist fast endlos: Sie umfasst Beschriftungen, ein Floristik- und Gartencenter, eine Kunststoffspritzerei, ein Logistik- und Transportangebot, eine Schreinerei, ein Servicecenter für Haushaltsgeräte, eine Bäckerei, Restaurants, etc. Ein Teil dieser Arbeiten wird mit Personen verrichtet, die gewisse Einschränkungen haben und dagegen ist nichts einzuwenden. Der Plan der VEBO ist es aber, den Umsatzanteil mit gewerblichen Produkten auf 50% des Gesamtertrags also auf 36 Mio CHF zu erhöhen. Damit will sie die öffentliche Hand entlasten und die Abhängigkeit von Tarifrisiken minimieren.
Wir wollen Fairness: Der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband plädiert dafür, diese Aktivitäten auf ein Minimum zu reduzieren und die Inklusion gemeinsam mit Gewerbe und Industrie voranzutreiben. Er plädiert darüber hinaus sogar dafür, dass kantonale und kommunale Anstalten sowie öffentlich-rechtliche Institutionen wie die SOH-Gruppe – dazu komme ich nachher gleich noch - und die VEBO für Tätigkeiten, die weder hoheitliche Aufgaben umfassen noch gesetzlich vorgeschrieben sind und damit die KMU konkurrenzieren, der Steuerpflicht zu unterwerfen.

soH – Solothurner Spitäler AG
Das ist Sache und problematisch: Die Solothurner Spitäler AG gehört zu 100% dem Kanton Solothurn. Die Solothurner Spitäler betreiben seit einigen Jahren ein Catering-Unternehmen. Das Unternehmen ist ab 20 Personen aktiv. Die Begründung der soH-Gruppe ist, dass sie das Catering bräuchten um die flauen Zeiten in der Küche abzudecken.
Wir wollen Fairness: Der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband findet, dass mit einer Optimierung der Personalplanung das Gewerbe nicht konkurrenziert werden müsste. Das gilt auch für die folgende Idee, welche erst in Planung ist: Die soH wollen auf dem Spitalareal eine öffentliche Apotheke einrichten. Dies obwohl diese Leistungen ohne Probleme bereits durch die nahegelegenen Apotheken oder durch die angestammten Apotheken und Arztpraxen erbracht werden. Wir meinen auch hier: Die Idee

sofort wieder beerdigen und mit den leistungsfähigen Apotheken in der Umgebung der Spitäler zusammenarbeiten.

Panaiia & Crausaz AG
Das ist Sache und problematisch: Das 1990 gegründete Bauunternehmen wird 2013 durch die Städtischen Werke Grenchen übernommen. Das SWG ist ein öffentlich-rechtliches Unternehmen, Eigentümerin ist die Stadt Grenchen.
Wir wollen Fairness: Der Baumeisterverband des Kantons Solothurn findet, dass es in der Umgebung von Grenchen genug private Bauunternehmen gibt, welche die Aufgaben der Panaiia & Crausaz AG zu marktgerechten Preisen ausführen könnten.

Ausbau diverser Werkhöfe
Das ist Sache und problematisch: In diversen Gemeinden des Kantons Solothurn werden die Werkhöfe ständig erweitert und mit neuen Aufgaben versehen. Viele dieser Aufgaben -Strassenunterhalt mit eigenen Maschinen, Gärtnerarbeiten, etc. - könnten zu konkurrenzfähigen Preisen auch bei privaten gewerblichen Institutionen bezogen werden.
Wir wollen Fairness: Der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband fordert hier ein «Back to the Roots».

Bau-Departement
Das ist Sache und problematisch: Beim Baudepartement sind rund 100 Personen in verschiedenen kantonalen Gebäuden mit Reinigungsarbeiten beschäftigt.
Wir wollen Fairness: Der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband fragt sich, ob ausgebildete Fachkräfte nicht bessere und sichere Arbeit leisten würden. Reinigungsarbeiten sind nicht das Kerngeschäft des Baudepartements. Erfolgreiche Unternehmen konzentrieren sich auf ihre Kerngeschäfte, denn darin sind sie auch die Besten.

Die Liste könnte beliebig erweitert werden. Sie wird in den kommenden Monaten auch immer wieder erweitert werden.

Medienkonferenz 24.08.2018; Sperrfrist 10:00 Uhr

Das finden wir problematisch: Referat Thomas Balmer, Präsident KMU Stadt Bern

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Medienschaffende

Der Staat besteht aus Bürgern, die sich willentlich zusammengeschlossen haben, um sich als Gemeinschaft zu entwickeln. Zusammen ist man stark und kann sein Recht besser gegen aussen behaupten, kann gemeinsame Projekte entwickeln um grosse und wichtige Werke wie Strassen, Eisenbahnen und andere Infrastrukturen zu realisieren. Projekte, für die der Einzelne zu schwach ist. Damit solche Projekte geregelt ablaufen, wird eine Regierung gewählt, die ihrerseits eine Verwaltung aufbaut, die das Tagesgeschäft abwickelt. Aber auch ein Parlament, das die Leitplanken setzt und die Regierung und Verwaltung auf ihr rechtmässiges Verhalten kontrolliert.

Das Problem heute ist, dass die Verwaltung wächst und wächst, dann noch eigene Firmen gründet um schnellere Entscheide herbeiführen zu können und nicht jede betriebsnotwendige Arbeit im Parlament bewilligen zu lassen. Fakt ist nun, dass die Verwaltung und die Firmen der öffentlichen Hand im Laufe der Zeit vergessen haben, dass sie keine Unternehmungen sind, sondern im Auftrag des Volkes handeln sollen. Dem Volk, das als Gärtner, Weinbauer, Papeterie-Händler und als Installateur seinen Unterhalt verdient. Nicht nur den Unterhalt selbst, sondern auch Steuern und Gebühren bezahlt, um den öffentlichen Betrieb zu finanzieren.

Mit Erstaunen stellen wir heute fest, dass sich veritable Grossbetriebe entwickelt haben, wie Stadtgrün Bern, die mit 220 Mitarbeitenden die Park- und Grünanlagen unterhält und Pflanzen züchtet. Um die speziellen Pflanzen züchten zu können, haben sie sich von den Bürgern eine hochmoderne Produktionsanlage zahlen lassen. Damit hat kein Gärtner mehr eine Chance - denn er müsste neben den Steuern und Gebühren auch diese Investition aus dem eigenen Sack bezahlen. Obwohl diese Arbeiten von den Bürgern, die als Gärtner arbeiten, auch ausgeführt werden könnten. Bürger, die sich gewohnt sind wirtschaftliche Preise zu offerieren, bezahlen über die Steuern eine staatliche Grossgärtnerei, die nach dem Motto: «es kostet was es kostet» und das ohne jegliche Konkurrenz und ohne Druck arbeitet. Denn die Löhne und Sozialleistungen werden vom Staat bezahlt und wenn das Budget nicht reicht, holt man einen Nachkredit!

Die Stadt Bern hat ein eigenes Weingut, das von der gleichen Familie in der dritten Generation bewirtschaftet wird. Jahr für Jahr bezahlt die Stadt Bern aus der laufenden Rechnung neue Investitionen, Unterhalt und Modernisierungen in der Höhe von mehreren hunderttausend Franken. Die Bürger, die ihren Erwerb mit der Produktion von Wein erwirtschaften, kämpfen gegen dieses staatliche Grossweingut an und zahlen neben den Steuern zur Unterstützung ihres staatlichen Konkurrenten auch alle Investitionen selbst. Dazu müssen sie sich auch noch um den Vertrieb kümmern, nicht so die Stadt Bern, denn da übernimmt die hauseigene Logistik Bern die Auslieferung selbst. Damit hat dann auch der Bürger, der als Weinhändler arbeitet, nichts davon, ausser dass er dafür Steuern bezahlt.

Denn auch der Papeterie-Händler kann es vergessen, dass er mit seinen Bleistiften und Papierblöcken die schreibende Verwaltung versorgen könnte. Dafür kauft die Stadt Bern das Material en gros ein und lagert es in einem eigenen Lager ein. Wenn nun in der Verwaltung ein Gummi abgeraffelt ist, braucht es nur ein Telefon und ein Kollege der Logistik Bern bringt es mit einem Kurierfahrzeug

schnellstens vorbei. Falls noch ein Apéro ansteht, kann er dafür ein paar Flaschen Wein seiner Kollegen vom Stadtweingut auch noch mitnehmen.

Die staatseigenen Betriebe wie ewb und BKW haben auch vergessen, dass es noch Bürger gibt, die mit den hohen Strompreisen des Monopols viel zu viel Geld in die Kassen spülen. Mit diesem Geld können dann die Konzernleitungen Installationsfirmen aufkaufen, die dann ohne Last der Fremdfinanzierung günstige Offerten abgeben und Heizungen, Lüftungen und Elektroinstallationen alles aus der öffentlichen Hand anbieten. Aber auch Dächer bauen und Planungen ausführen und damit die noch freien Gewerbebetriebe konkurrenzieren. Warum gelingen diese Übernahmen so häufig? Ganz einfach, geht doch der Verkauf ganz sicher an den Meistbietenden und das ist der, der die Schatulle aus dem Monopolgeschäft voll hat und damit den Kaufpreis nach oben bieten kann, bis er eine Firma übernommen hat. Dass dann im Alltag der hauseigene Planer für die eigene Firma arbeitet und diese den Auftrag an die eigene Installationsfirma vergibt, die von der eigenen Installationskontrolle geprüft wird, ist dann die logische Folge.

Das finden wir unfair. Der Staat optimiert seinen Betrieb und diversifiziert, bis er ohne lästigen Aussenkontakt mit den Bürgern seinen Betrieb selbst betreibt. Der einzige und doch recht lukrative Kontakt ist das Versenden von Rechnungen der Steuern, für die Monopolleistungen und die Gebühren an die Bürger, die mit diesen Zahlungen dafür sorgen, dass die wirtschaftende Verwaltung genug verdient und die internen Reibungsverluste gedeckt sind. Denn das Perpetuum Mobile ist nicht möglich und nur deshalb braucht die Verwaltung sein Volk!

Genau das finden wir problematisch!

Medienkonferenz 24.08.2018; Sperrfrist 10:00 Uhr

Kantonale Politik ist gefordert: Referat Kurt Zimmermann, Grossrat SVP BE

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Medienschaffende

Wir haben von meinen Vorrednern bereits zahlreiche Beispiele gehört, die mit der Etikette «Fair ist anders» versehen sind. Kantonal möchten wir uns mit unserer Kampagne auf die folgenden drei Beispiele konzentrieren, bei denen für uns der dringendste Handlungsbedarf besteht: Dies sind die BEDAG Informatik AG, die BKW Energie AG und die Gebäudeversicherung des Kantons Bern, die GVB.

BEDAG:
Das ist Sache und problematisch: Die BEDAG Informatik AG, welche zu 100 Prozent dem Kanton Bern gehört, wurde eigentlich gegründet, um die IT – Bedürfnisse der kantonalen Verwaltung abzudecken. Mittlerweile hat die BEDAG ihren Wirkungskreis weit über den Kanton Bern und die Verwaltung erweitert. Sie verkauft Dienstleistungen und Produkte in der ganzen Schweiz und kommt zu vielen Aufträgen in andern Kantonen, weil sie dort dank ihrer Sonderstellung mit Tiefpreisen die Konkurrenz ausschaltet. Die BEDAG hat im Kanton Bern praktisch eine Monopolstellung für grössere IT-Dienstleistungen. Sie diktiert somit Markt und Preise und kann dank ihrer guten Ertragslage neue Firmen zu hohen Preisen zukaufen. Private Anbieter haben so kaum Chancen, der öffentlichen Hand IT – Lösungen anzubieten. Zudem hat der Kanton Bern 2017 und 2018 freihändig Aufträge an die BEDAG im Wert von je 44 Millionen vergeben.
Wir wollen Fairness: Der Grosse Rat hat im September 2016 den ersten Punkt der Motion Köpfli «Unabhängige Informatik im Kanton Bern: Verkauf der BEDAG Informatik AG» mit einer sehr deutlichen Mehrheit als Postulat überwiesen. In seiner Antwort erklärte sich der Regierungsrat bereit, die Überprüfung der Eigentümerstrategie des Kantons gegenüber der BEDAG Informatik AG zu prüfen. Mit dem Bericht zur künftigen Strategie ist noch in diesem Jahr zu rechnen und wir warten bereits sehr gespannt darauf. Für uns gibt es zwei Lösungsansätze: Entweder wird die BEDAG mit anderen Informatikanbietern auf dem Markt gleichgestellt, d.h. der Kanton Bern unterstellt alle Informatikdienstleistungen dem öffentlichen Beschaffungsrecht oder die BEDAG Informatik AG wird verkauft.

BKW Energie AG:
Das ist Sache und problematisch: Die BKW gehört zu 52 Prozent dem Kanton Bern, dies – wir haben es bereits von Franco Rappa gehört – wurde mit dem BKW-Beteiligungsgesetz, welches diesen Frühling ganz knapp angenommen worden ist, leider sogar noch zementiert und verschlimmert. Die BKW entwickelt sich, als Alternative zum nicht mehr rentierenden Stromgeschäft, seit einigen Jahren zum breit aufgestellten Dienstleister in Haus- und Energietechnik. Die BKW erwarb dank ihren Monopoleinnahmen mit der Stromversorgung seit 2014 insgesamt 61 Firmen. Es gibt bereits Fälle, bei denen die BKW sowohl die Planung als auch die Bauleistungen offeriert habt. Somit hat der neu konzipierte Konzern BKW alles Interesse, Planungs- und Ausführungsaufträge „im Haus zu behalten“ und nicht auszuschreiben. Der Zutritt der privaten Konkurrenz wird damit erschwert bis verunmöglicht.
Zudem ist trotz Strommarktliberalisierung immer noch ein Teil der Endversorgung monopolisiert und der Leistungsauftrag Netze ist ebenfalls ein faktisches Monopol. Dadurch ist nicht auszuschliessen, dass Quersubventionierungen zu Gunsten der neuen Geschäftsfelder bestehen, was zu ungleichlangen Spiessen gegenüber KMU-Betrieben in diesem Bereich führt.

Wir wollen Fairness: Wir fordern deshalb, dass die Eigentümerstrategie der BKW korrigiert wird, vor allem der Anteil des Kantons muss auf mindestens 33 Prozent reduziert werden. Die Monopolgeschäfte müssten in separate, von der übrigen Gesellschaft unabhängige Rechtskörperschaften ausgegliedert oder diese Leistungsaufträge periodisch neu ausgeschrieben werden. Wir werden aus diesem Grund einen weiteren politischen Anlauf nehmen, um die Eignerstrategie neu festzulegen und diese Entflechtung zu erreichen.

GVB:
Das ist Sache und problematisch: Die Gebäudeversicherung des Kantons Bern ist ein Monopolbetrieb, der zu 100 Prozent dem Kanton Bern gehört. Jedes Haus im Kanton Bern ist obligatorisch bei der GVB versichert. Auf Antrag der GVB hat der Grosse Rat den Eintritt ins privatrechtliche Versicherungsgeschäft per 2011 gutgeheissen. Die beiden gegründeten Tochtergesellschaften – die GVB Privatversicherungen AG und die GVB Services AG – bieten seither Dienstleistungen an, welche zuvor nur von privaten Versicherungen angeboten wurden. Nach Auflage der Wettbewerbskommission ist sowohl das Ausnützen des Monopols wie auch die Quersubventionierung der verschiedenen Branchen nicht gestattet. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Regeln nicht eingehalten werden. Hausbesitzern, welche zwangsweise Kunden der Gebäudeversicherung sind, werden durch die staatlichen Berater systematisch und aktiv Angebote der privatrechtlichen GVB-Tochter unterbreitet. Die Werbung und das Inkasso für den obligatorischen und den privaten Teil erfolgen im selben Versand. Last but not least präsentieren sich auch der Internetauftritt, das Produkteangebot, der Online-Shop und die Schadensmeldung unter ein- und derselben Marke «GVB - Wir versichern ihr Gebäude».
Wir wollen Fairness: Die GVB verfolgt mit beiden Tochtergesellschaften Wachstumsstrategien.
Hier sind für uns zwei Wege denkbar: Entweder eine Reduktion auf den reinen Auftrag der Gebäudeversicherung - sprich also zurück auf Feld 1 – und das Abstossen, bzw. die Privatisierung der heute aufgebauten neuen Geschäftsfelder oder denkbar ist für uns sogar der Verkauf der ganzen GVB.

Medienkonferenz 24.08.2018; Sperrfrist 10:00 Uhr

Auch auf Bundesebene gibt es grossen Handlungsbedarf: Referat Jürg Grossen, Nationalrat glp BE

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Medienschaffende

Der Postautoskandal hat es gezeigt. Auch auf Bundesebene gibt es in der Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik grosse Probleme mit den staatsnahen Betrieben. Und es besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Postauto AG - Teil eines riesigen Staatskonzerns, gespiesen mit Aufträgen des Staates und kontrolliert vom Staat: Unser System beisst sich selber in den Schwanz.

Der Bund besitzt die Post, diese besitzt die Postauto Schweiz AG, und diese bietet Kantonen Dienstleistungen an. Die Kantone als Besteller vertrauen dem Staatskonzern blind, statt ihn zu kontrollieren. Wo sind wir hier gelandet?

Der Fall Postauto gehört selbstverständlich sauber und seriös aufgeräumt und aufgearbeitet. Aus meiner Sicht steht dieser Fall aber exemplarisch für ein grundsätzliches Problem, das wir mit unserer Kampagne «Fair ist anders» schon länger thematisieren: Immer mehr Konzerne, die mehrheitlich im Besitz des Staates sind, erbringen heute sowohl Dienstleistungen mit Monopolcharakter als auch Dienstleistungen im freien Markt.

Diese Entwicklung ist wettbewerbs- und finanzpolitisch problematisch. Denn von einem Wettbewerb mit gleich langen Spiessen kann nicht mehr die Rede sein.

Wettbewerbspolitisch ist es grundsätzlich unerwünscht, dass Unternehmen im Staatsbesitz als direkte Konkurrenten von Privaten auftreten. Kommt dazu, dass diese über den Monopolbereich zu einer enormen Marktmacht und zu einer grossen Kapitalkraft kommen. Sie haben einen gesicherten Zugang zu allen Konten und Daten im Monopolgebiet und es kommt zu Asymmetrien und zu verzerrenden Querfinanzierungen, wie es das Beispiel Postauto Schweiz AG zeigt.

Finanzpolitisch ist es problematisch, dass der Bund bei diesen Unternehmen das finanzielle Risiko trägt, und das in herausfordernden, unsicheren und zum Teil hochdynamischen Märkten. Niemand weiss, wie sich die Telekommunikation mit Blick auf die Swisscom, das Bankwesen mit Blick auf die PostFinance oder die Mobilität mit Blick auf die Postauto Schweiz AG in Zukunft entwickeln werden.

Ich trete keineswegs dogmatisch für eine Privatisierungswelle ein. Es gibt selbstverständlich Bereiche, in denen dem Staat eine Schlüsselrolle zukommt. Das Schienennetz oder auch das Stromnetz sind natürliche Monopole, welche zwingend unter staatliche Kontrolle gehören. Anders sieht es bei den Diensten aus, die in einem funktionierenden Wettbewerb erbracht werden.

In einem Vorstoss fordern wir Grünliberalen deshalb zum Beispiel die Privatisierung der PostFinance. Es ist schlicht nicht die Aufgabe des Bundes, im funktionierenden Markt der Finanzdienstleistungen eine eigene Unternehmung zu besitzen. Die gleichen Fragen müssen wir uns auch bei der Swisscom oder auch bei Postauto stellen. Meine Damen und Herren, die Schweiz ist in zahlreichen Bereichen auf halbem Wege zu einer guten Lösung stecken geblieben und sie ist träge geworden. Resultat: zahlreiche Konkurrenzierungen des Staates gegenüber der Privatwirtschaft: Fair ist anders!

Medienkonferenz 24.08.2018; Sperrfrist 10:00 Uhr

Präsentation der Online-Petition: Referat Peter Flück, Grossrat FDP BE

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Medienschaffende

Toni Lenz hat es zu Beginn der Medienkonferenz schon angekündigt: Wir starten heute unsere Petition: **Fair ist anders – das Gewerbe verdient Ihre Unterstützung!** Ab sofort können Sie unsere Petition online auf www.change.org den genauen Link finden Sie auf unserer Medienmitteilung in der Medienmappe oder via Unterschriftenbogen unterstützen. Nun, was wollen wir mit unserer Petition? Wir haben es bereits mehrfach gehört:

Staatliche und staatsnahe Unternehmen werden immer mehr zu unfairen Konkurrenten der KMU und gefährden damit das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir finden «Fair ist anders!»; denn wo Staat draufsteht, stecken auch immer unsere Steuern und leider vielfach auch unfairer Wettbewerb drin. Dies betrifft die Eidgenossenschaft z.B. mit der Ruag und der Swisscom, die Kantone mit den Elektrizitätswerken, die planen, installieren und gleichzeitig Strom liefern und die Gemeinden, die u. A. mit Unterhaltsgärtnereien, Strassenbau und Weinbergen das Gewerbe konkurrenzieren. Unsere Petition richtet sich also an alle drei Ebenen: Staat, Kanton und Städte und Gemeinden.

Wir wollen Fairness und fordern:

Staatliche und staatsnahe Unternehmen (wie z.B. Post, SBB, Swisscom, BKW Energie AG, Gebäudeversicherung des Kantons Bern usw.) müssen dringend ihre Beteiligungsverhältnisse klären: Zweck und Abgrenzung zwischen hoheitlichen Aufgaben, die nicht ausgelagert werden können, und denjenigen, welche die Privatwirtschaft erfüllen können, müssen klar definiert werden. Es sollen zwei Grundsätze gelten:

Grundsatz: «Der Staat und staatsnahe Unternehmen nehmen keine Tätigkeiten wahr, die durch private Anbieter erbracht werden können. Bestehende staatliche Träger solcher Leistungen sind zu privatisieren».

Reine Staatsbetriebe wie zum Beispiel die ewb mit ihren Tochtergesellschaften, das Bundesamt für Landestopographie, etc. sollen sich auf ihre hoheitlichen Aufgaben konzentrieren. Verwaltungen, Staatsbetriebe und staatsnahe Unternehmen dürfen die Privatwirtschaft nicht konkurrenzieren.

Grundsatz «Der Staat soll möglichst alle Aufträge, die sich dazu eignen, an die Privatwirtschaft vergeben».

Um dies zu erreichen fordern wir von der Politik aus Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene, dass sie entsprechende Rahmenbedingungen und klare Verhältnisse schafft.

Der Staat ist und soll ein Partner des Gewerbes sein und nicht dessen Konkurrent!

Neben der Online-Petition werden wir auch weiterhin mit unserem «KMU on Tour» auf die Fair-ist-anders-Problematik aufmerksam machen. Dieses Jahr sind noch zwei Anlässe; einer in der Stadt Bern und einer im Oberaargau geplant; die genauen Daten folgen in Kürze.